

Die Hitze lastet schwer auf Asien

Die Produktivität leidet. El Niño droht. Und eine Milliarde zusätzlicher Klimaanlageanlagen wird alles nur verschlimmern.

Von *Christoph Hein, Bangkok*

In der Einkaufsmeile Samyan Mitttown im Zentrum Bangkoks haben sie eine komfortable Lösung gefunden: Die Foodtrucks, die Küchenwagen, die sonst entlang der Straße parken, stehen nun im klimatisierten Atrium des Kaufhauses. So können die Menschen ihre Dim-Sum-Klößchen, Pizza oder Satay-Spieße essen, ohne dass ihnen in Gluthitze und Dunst der Appetit vergeht. 39 Grad werden mittags in Bangkok gemessen, mit 37 Grad meldet Singapur die höchste Temperatur seit 40 Jahren, Vietnam leidet unter bis zu 44 Grad, Malaysia prüft den Notstand wegen der Hitze, Bauarbeiter bekommen Eiswasser, Soldaten Wasserdüsen, um nicht zu kollabieren. Die Menschen in den Tropen können mit hohen Temperaturen umgehen. Diese Hitzewelle aber bringt sie und ihre Infrastruktur an ihre Grenzen.

Auswege sind kaum zu finden. Beispiel Vietnam: Die Regierung versucht, der Hitze mit dem rollierenden Abschalten von Strom zu begegnen. Denn die Temperaturen führen zu erhöhtem Strombedarf, allein schon, weil Klimaanlageanlagen und Ventilatoren rund um die Uhr laufen müssen. Nicht nur in Indien wird in solchen Zeiten in den Fabriken nachts oder an Wochenenden geschuftet, wenn der Strombedarf insgesamt geringer ist.

Und doch entstehen gleich mehrere Teufelskreise: Denn die Elektrizität wird in Asien vor allem durch die rasch wachsende Zahl von Kohlekraftwerken erzeugt – und deren Betrieb erhöht den Ausstoß von Treibhausgas noch weiter. Hinzu kommt das Wirtschaftswachstum um die 5 Prozent in der indo-pazifischen Region. Angesichts der Temperaturen rüstet die neue Mittelschicht nun schneller denn je von Ventilatoren auf Klimaanlage um. Die Agentur Bloomberg rechnet damit, dass durch die Nachfrage in China, Südostasien und Indien bis 2029 mehr als eine Milliarde zusätzlicher Klimaanlageanlagen verkauft würden.

Die aber treiben durch ihren Stromverbrauch nicht nur die Temperatur, sondern



Etwas Abkühlung: Motorradfahrer in Bangkok warten im Schatten auf grünes Licht der Ampel.

Foto Bloomberg

belasten auch die Umwelt mit giftigen Kühlmitteln. Ökonomen wissen, dass Menschen ab einer Kaufkraft von rund 10000 Dollar jährlich in heißen Ländern dazu neigen, ihre erste Klimaanlage zu kaufen. 80 Prozent der 1,4 Milliarden Inder haben derzeit noch keine Anlage. Doch wird die Kaufkraft (PPP) der Inder in diesem Jahr nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erstmals die 9000 Dollar nach oben durchbrechen.

Angesichts des rasch zunehmenden Bedarfs an Strom durch Industrialisierung und steigenden Wohlstand bleibt bis zur Erfindung verbrauchsärmerer Geräte und dem Nutzen nachhaltiger Energiequellen nur die Rationierung von Strom. Die aber kommt die Wirtschaft teuer zu stehen. Im März wurde im chinesischen Yunnan der Verbrauch limitiert, was beispielsweise die dortige Aluminiumindustrie traf. Von der laotischen Hauptstadt Vientiane ist in diesen Tagen der Mekong nur noch als schmaler silberner Streifen in der Ferne auszumachen: Im breiten Flussbett

wuchert Unkraut, stehen ein paar Marktstände. Denn China braucht das Wasser des Oberlaufes des Stroms für seine Kraftwerke. Und die Schneeschmelze im Himalaja fällt immer geringer aus. So folgen der Hitze Dürren. Damit leidet die Agrarproduktion von Gummi bis zu Erdnüssen. Will die Bevölkerung versorgt werden, steigen die Importrechnungen, die in der Regel in Dollar bewertet werden. Zudem erhöhen sich die Kosten im Gesundheitssystem. Währenddessen aber steigt die Produktivität immer langsamer: In den Fabriken Indiens soll sie um rund 2 Prozent für jedes Grad Celsius höhere Innentemperatur nachgeben.

So sehr die Menschen in Asien schon jetzt unter der Hitze leiden, die Lage dürfte noch schlimmer werden. Denn ab dem Sommer droht das gefährliche Wetterphänomen El Niño. Aufgrund veränderter Luft- und Meeresströmungen kommt es dann international zu besonders schlimmen Dürren, Überschwemmungen, Feuern und anderen Wetterkatastrophen. Die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten der

gefährlichen Wetterlage in diesem Jahr haben amerikanische Wissenschaftler auf 90 Prozent angehoben. Die Forscher Christopher Callahan und Justin Mankin warnen zugleich vor einer „dauerhaften Veränderung der Wachstumsgeschwindigkeit“ durch El Niño, denn dessen langfristige Folgen in Afrika und rund um den Pazifik würden immer noch dramatisch unterschätzt: Die El-Niño-Periode 1997/98 habe die Wirtschaftsleistung der Welt um 5,7 Billionen Dollar geschmälert, diejenige 1982/83 habe die Welt 4,1 Billionen Dollar gekostet.

Nun aber droht der heißeste El Niño aller Zeiten. Die nächsten fünf Jahre würden die wärmsten seit Menschengedenken, warnen die Vereinten Nationen (UN) am Mittwoch. „In den nächsten Monaten dürfte sich ein warmer El Niño aufbauen und auf den von Menschen erzeugten Klimawandel treffen, um die Temperaturen in unbekannten Höhen zu treiben“, sagte Petteri Taalas, der finnische Generalsekretär der World Meteorological Organisation (WMO) der UN.

Herr Glauben, auf dem G-7-Gipfel in dieser Woche ist der Hunger in aller Welt ein Thema. Wie schauen Sie auf die aktuelle Lage der Weltenernährung?

Jüngst sind wieder Rückschritte in der Hungerbekämpfung zu beobachten. Zwar hat sich die Anzahl hungernder beziehungsweise unterernährter Menschen seit Anfang des 21. Jahrhunderts um 25 Prozent auf knapp 600 Millionen bis Ende des vergangenen Jahrzehnts reduziert. Allerdings schätzt die Welternährungsorganisation FAO, dass die Zahl der Hungernen zuletzt um rund 150 Millionen zugenommen hat, vermutlich in Zusammenhang mit der Covid-19-Krise. Gleichzeitig erwartet man, dass 2030 immer noch etwa 700 Millionen Menschen unterernährt sein werden. Infolge des Ukraine-Kriegs dürfte sich die Situation, besonders in armen Ländern des globalen Südens, zumindest zeitweise verschärfen haben.

Welche Regionen der Welt sind am stärksten gefährdet?

Besonders betroffen waren die nachfrageboomenden Weizenimporteure insbesondere im Nahen Osten und Nordafrika sowie in Regionen Afrikas südlich der Sahara. Russland und die Ukraine waren deren Hauptlieferanten. Lieferengpässe aus der Schwarzmeerregion, gepaart mit hohen Preisen, belasteten die ohnehin kritische Ernährungssituation in diesen Regionen. Besonders dramatisch ist die Lage in Ländern, die häufig bewaffneten Konflikten oder Extremwetterereignissen ausgesetzt sind, wie etwa Südsudan, Somalia, Äthiopien oder auch Jemen, Syrien und Afghanistan.

Also vorerst keine Entspannung in Sicht?

Erwartungsgemäß hat sich die Lage einige Monate nach Kriegsbeginn entspannt. Fehlende Liefermengen nach Afrika aus der Ukraine etwa von Weizen wurden weitgehend durch andere Länder, wie Frankreich, Indien und Australien, ausgeglichen. Schon im ersten Halbjahr nach Kriegsbeginn entsprach die gelieferte Weizenmenge nach Afrika fast jener der gleichen Zeitspanne wie 2021. Auch die Preise sind wieder deutlich gefallen, bei Weizen etwa um fast 50 Prozent im Vergleich zu Mitte 2022. Damit liegt der Preis etwa auf dem Vorkriegsniveau.

Wie sieht es bei der Versorgung mit Düngemitteln in der Welt aus?

Die Düngemittelmärkte haben sich etwas entspannt. Der Preisindex ist wieder um etwa 50 Prozent auf das Niveau von Mitte 2021 gefallen. Das ist im Vergleich zu den Vorjahren immer noch hoch. Exportverbote, ausufernde Genehmigungsverfahren und Sanktionen schränken die Ver-

Auf dem Weg in eine „Weltplanwirtschaft“

Der Kampf gegen den Welthunger ist Thema auf dem G-7-Gipfel. Aus Sicht von Agrarökonom Thomas Glauben sind die globalen Agrarmärkte dafür unerlässlich. Abschottung und Autarkie sieht er kritisch.



Thomas Glauben, Direktor des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Halle und Leiter der Abteilung Agrarmärkte
Foto Markus Scholz

fugbarkeit von Dünger ein, tragen zu Lieferunterbrechungen bei und treiben Marktpreise in die Höhe. Derzeit wirken sich solche Beschränkungen auf rund 20 Prozent des Welthandels aus und gefährden mehr als 50 Prozent der Düngemittelversorgung in 24 Ländern. Mehrere westafrikanische Länder wie Ghana, Elfenbeinküste oder Mauretanien sind auf Dünger von Russland angewiesen. Die, zumindest teilweise, sanktionsbedingten Erschwernisse für russische Düngerausfuhr haben dessen Verfügbarkeit eingeschränkt und belasten die Nahrungsmittelerzeugung vor Ort.

Für wie robust halten Sie die Agrarmärkte in Krisenzeiten wie diesen?

Der wettbewerbsfähige internationale Agrarrohstoffhandel weist sich als geeignete Risikostrategie, um regionale Versorgungsengpässe zu überwinden. Das „Sicherheitsnetz globaler Agrarmärkte“ ist robust in Sachen Hungerbekämpfung. So importieren Nord-

afrika und der Nahe Osten fast 70 Prozent ihres inländischen Nährstoffbedarfs, während Nordamerika mit weniger als 10 Prozent vergleichsweise wenig importiert. Bei den meisten anderen Regionen schwankt der Importanteil am inländischen Nährstoffbedarf zwischen 20 und 30 Prozent. Ohne Handel würde es mit dem Hunger in der Welt also weitaus schlimmer stehen.

Auf dem G-7-Gipfel wird diskutiert, wie ärmere Länder unabhängiger von Agrarimporten werden können, etwa indem sie sich stärker selbst mit Agrargütern versorgen. Wie stehen Sie dazu?

Nach meiner Wahrnehmung werden Stimmen zu Abschottung bis hin zu Autarkie immer lauter, spätestens seit den Versorgungsengpässen durch die Corona-Krise und den Ukraine-Krieg und den zunehmenden geopolitischen Spannungen zwischen „Westen“ und „Osten“. Die Hoffnung ist offenbar, dass Isolation vom internationalen Handelsgeschehen und Selbstversor-

gung, auch mit Agrargütern, das Rezept ist, Versorgungsrisiken zu reduzieren. Ich halte das für wenig durchdacht. Solche Forderungen dürften kaum durchsetzbar sein, ohne ein planwirtschaftlich-bürokratisches Monster zu schaffen. Im Kern schlittert man damit von bewährten marktwirtschaftlichen Prinzipien in eine Art (Teil-)Weltplanwirtschaft.

Was wären die Folgen?

Beim Agrarhandel könnte das am Ende zur Mangelwirtschaft im globalen Norden und zu einem Zusammenbruch der Nahrungsvorsorgung im globalen Süden führen. Solche Strukturen schaffen nicht mehr, sondern weniger Versorgungssicherheit. Am Reißbrett entworfene, politisch motivierte Agrarhandelsstrukturen werden den Markt nicht ersetzen können.

Halten Sie eine regionalere Düngemittelproduktion in ärmeren Ländern also nicht für sinnvoll?

Ich bin sehr skeptisch. Erstens scheint sich der Düngemittelmarkt wieder etwas zu entspannen. Zweitens bedürfte es, was Kalium und Phosphat angeht, hinreichender Vorkommen in den Regionen selbst. Auch wenn es diese dort gäbe, bedürfte es enormer Investitionen, besonders im Kalibergbau, um diese zu fördern. Es ist mehr als fraglich, ob das in ärmeren Regionen wirtschaftlich tragbar wäre. Gegenwärtig dominieren nach meinem Kenntnisstand Kanada, Russland und Belarus den Kalibergbau. Und USA, Marokko und China fördern zusammen etwa zwei Drittel aller Phosphate. Die Produktion von Stickstoff basiert maßgeblich auf Erdgas. Dafür sind die USA und Russland wichtige Produzenten.

Wie müssten Lösungen Ihrer Ansicht nach also aussehen?

Es bedarf einer nachhaltig tragfähigen globalen Governance, die Herausforderungen zu bewältigen: kriegerische Konflikte, Klimawandel, Hunger. Dabei sollten möglichst alle relevanten Nationen konstruktiv eingebunden werden. Viele globale Probleme lassen sich nur im Wege der Kooperation und des Interessensausgleiches lösen. Wenn es um die Bewältigung internationaler und zwischenstaatlicher Konflikte oder um das Aushandeln von politischen Interessen und Werten geht, dann ist die Diplomatie und die Politik, speziell die Außen- und Sicherheitspolitik, in der Verantwortung. Eine politisch motivierte „Rückabwicklung“ globaler Beziehungen und Verflechtungen dürfte mit immensen Risiken und gesellschaftlichen Kosten verbunden sein.

Das Gespräch führte **Anne Kokenbrink**.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Auch eine jüdische Nakba anerkennen

In „Politik mit der Geschichte“ (F.A.Z. vom 15. Mai) hat Christian Meier eine gute Geschichtsbelehrung über Israel und den Ursprung des Konflikts zwischen Juden und Palästinensern geschrieben, den wirklichen Grund für diese Geschehnisse jedoch etwas zu kurz in nur einem Satz erwähnt: „Die palästinensische Bevölkerungsmehrheit lehnte die Staatsgründungspläne der Zionisten und die UN-Entscheidung ab, arabische Nachbarstaaten schickten Freischärler und später Soldaten.“

Die arabische Bevölkerung lehnte vorher schon jeden Vorschlag einer Zweiteilung des Landes ab. Und sie schickte nicht nur „Freischärler und Soldaten“, sondern sämtliche umliegenden arabischen Staaten griffen am Tag nach der Staatsgründung den neuen Staat militärisch an. Es kam zum ersten Angriffskrieg gegen Israel. Zudem ist es sehr wichtig zu wissen, dass es nicht nur zur Flucht und Vertreibung (Nakba) der Araber kam, sondern vor und nach die-

sem Tag auch zur Flucht und Vertreibung von rund einer Million Juden aus den umliegenden arabischen Ländern und Iran. Der Landbesitz dieser Flüchtlinge (hauptsächlich Ägypten, Marokko und Iran) betrug um die 100.000 Kilometer, eine Fläche fünfmal größer als Israel. 2014 hatte der Knesset ein Gesetz erlassen: Der 30. November wurde zum Gedenktag an die Flucht und Vertreibung der Juden aus den oben beschriebenen Ländern erklärt. Das geschah, um die Ansicht zu korrigieren, dass die arabischen Juden alle zionistisch motivierte freiwillige Einwanderer und keine Flüchtlinge gewesen sind. Mehr als 50 Prozent der heute in Israel lebenden Juden sind Nachfahren von jüdischen Flüchtlingen und Emigranten aus arabischen Ländern. Fazit: Wenn Palästinenser heute in Israel von Nakba sprechen, dann müssen diese auch eine jüdische Nakba anerkennen.

URSULA DOSSIER, FRANKFURT AM MAIN

Kein gesetzgeberisches Laissez-faire

Zu „Recht auf Leben, Rechte im Sterben“ (F.A.Z. vom 8. Mai): Seit mehr als drei Jahren ringen die Abgeordneten des Bundestages um eine Regelung zum assistierten Suizid. Auch eine mehrstündige Anhörung im Rechtsausschuss brachte keine Klarheit darüber, wie das Spannungsverhältnis zwischen dem Recht auf selbstbestimmtes Sterben und dem Schutzauftrag des Staates zugunsten des Lebens und der Absicherung der Freiverantwortlichkeit normativ aufgelöst werden könnte. In dieser komplizierten Gemengelage erscheint der Ansatz verlockend: Es bestehe tatsächlich gar kein Bedarf für eine bundesgesetzliche Regelung. Das in den verschiedenen Gesetzentwürfen zum assistierten Suizid vorgesehene Geld sollte lieber in die Hospizarbeit und Palliativversorgung sowie die Suizidprävention investiert werden. Insbesondere dem letzten Punkt der finanziellen Stärkung der genannten Säulen wird jeder zustimmen, der in der Versorgung von Menschen mit einer lebensverkürzenden Erkrankung und/oder Suizidabsichten eingebunden ist. So auch der Deutsche Hospiz- und Palliativ-Verband. Dem Grundgedanken des gesetzgeberischen Laissez-faire in Bezug auf die Suizidassistenz möchte er jedoch entschieden entgegenstehen.

Das Bundesverfassungsgericht mag dem Gesetzgeber keinen zwingenden Handlungsauftrag erteilt haben. Gleichwohl erwies sich auch nach dem Bundesverfassungsgericht die Einschätzung des Gesetzgebers als plausibel, dass die bis zum Inkrafttreten des Paragraphen 217 StGB bestehende Praxis geschäftsmäßiger Suizidhilfe nicht geeignet war, die Willens- und damit die Selbstbestimmungsfreiheit in jedem Fall zu wahren. Auch vor diesem Hintergrund verwies das BVerfG auf die verschiedenen gesetzgeberischen Möglichkeiten zum Schutz der Selbstbestimmung. Nun mag jeder der Gesetzentwürfe die ihm eigenen Unzulänglichkeiten aufweisen und nicht die gewünschte normative Antwort auf komplexe Fragestellungen im Kontext des assistierten Suizides bieten. Gleichwohl halten wir es für unabdingbar, dass die Gesellschaft in dieser existenziellen Frage der Durchführung der Sterbehilfe auf größtmöglicher Klarheit und Transparenz hinsichtlich des Verfahrens und der Absicherung der Selbstbestimmung besteht. Prozedurale Sicherungsmechanismen, insbesondere zum

Lebensschutz, sind im Bereich komplexer ethisch-medizinischer Fragestellungen durchaus üblich und notwendig. Auch in den Niederlanden, die eine der liberalsten Regelungen zum assistierten Suizid vorweisen, existiert eine ausdifferenzierte Regulierung zur Gewährung und Überprüfung des assistierten Suizides. Warum man also ausgerechnet in Deutschland – nachdem das Bundesverfassungsgericht die Zulässigkeit gerade nicht (wie andere Länder) an das Vorliegen einer unheilbaren oder tödlich verlaufenden Krankheit oder sonstige materiell-rechtliche Kriterien knüpfen wollte – auf sämtliche normativen Schutzmechanismen verzichten sollte, erschließt sich nicht.

Die Forderung nach einem gesetzgeberischen Unterlassen scheint auch insofern vereinfachend, als der Fokus auf Patienten und Patientinnen mit lebenslimitierender Erkrankung gelegt und – nahezu idealisierend – der assistierte Suizid in vertrauensvoller Arzt-Patienten-Konstellation und unter Einbeziehung palliativmedizinischer, hospizlicher und gleichzeitig psychologischer Kompetenz im Einzelfall und im Übrigen nahezu ohne externe Kontrolle durchgeführt wird. Gleichwohl muss der Gesetzgeber seinem Schutzauftrag zugunsten des Lebens und der Freiverantwortlichkeit jedoch auch in anderen Fallkonstellationen nachkommen: Menschen ohne ärztliche Anbindung, gesunde und lebensstarke Menschen, erkrankte Menschen, die aber leistungsfähig Versorgung fallen, und Menschen, die sich an eine der Sterbehilfeeinrichtungen wenden, ohne den „Umweg“ über eine hospizlich-palliative und/oder suizidpräventive Beratung und Betreuung zu gehen, und bei denen eine umfassende Aufklärung und Beratung über mögliche Alternativen zu Suizid nicht sichergestellt ist. Derzeit läuft dieser Schutzauftrag des Staates nahezu ins Leere.

Ein fehlendes transparentes Prozedere unterläßt jedoch nicht nur den Schutzauftrag des Staates. Auch die Rechtssicherheit für die betroffenen Ärzte und Ärztinnen und weitere Berufsgruppen, die mit Anfragen zur Suizidhilfe konfrontiert sind, dürfte mit einer gesetzlichen Regelung höher sein als derzeit.

PROFESSOR WINFRIED HARDINGHAUS, BERLIN

Fehlleistungen der Wirtschaftsprüfer

Zu „Der Betriebswirt – Die Prüfer sind keine Bilanzpolizei“ (F.A.Z. vom 2. Mai): Herr Dörschell mogelt sich um die Fehlleistungen von Wirtschaftsprüfern, die wir in der letzten Zeit erleben mussten, herum. Es sind dies die Fälle, in denen die Gründe für die „Pleiten“ in der Vergangenheit gelegt wurden, die der Wirtschaftsprüfer aber nicht aufgedeckt hat. Dazu zählt meines Erachtens auch der Fall der Credit Suisse; die EZB erhöht schließlich seit gut einem Jahr laufend die Zinsen. Dazu gehört auch der Fall der Industriekreditbank, wo der Wirtschaftsprüfer die in den amerikanischen Hauskrediten liegenden Risiken nicht beachtet hat, und vor allem zählt dazu der Fall Wirecard, wo sich der Wirtschaftsprüfer vom Kunden betrogen fühlte, in Wirklichkeit aber über Jahre hinweg nicht in der Lage war, „Kasse, Bank und Postscheck“ ordnungsgemäß zu prüfen. Den Fall Wirecard erwähnt Herr Dörschell vorsichtshalber nicht. Die Minderung von Vermögenswerten in den Bilanzen liegt natürlich nicht im Einflussbereich des Wirtschaftsprüfers. Er muss aber diese Vermögensminderungen beurteilen und dafür sorgen, dass sie im Jahresabschluss berücksichtigt werden. Das hat mit einer Prognose über die Zukunft des Unternehmens überhaupt nichts zu tun, geschweige denn mit der Führung der Geschäfte dieses Unternehmens. Droht Insolvenz, muss dies der Wirtschaftsprüfer erkennen, den Mandanten auf diese Gefahr hinweisen und dafür sor-

gen, dass die desolatte Lage des Unternehmens aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang erkennbar wird. Herr Dörschell beschwört das Vertrauen der Wirtschaft in die Abschlussprüfung. Dieses Vertrauen besteht sicherlich noch, ist aber durch die zahlreichen Bilanzskandale angekratzt. Schon vor einiger Zeit erklärte mir ein mittelständischer Unternehmer, als er meinen Beruf erfuhr: „Wirtschaftsprüfer! Die haben ja auch nicht den besten Ruf.“ So weit ist es leider gekommen.

DR. KURT NIEMEYER, THÜNGEN

Jede Woche?

Zum Interview mit Nicola Leibinger-Kammüller „Work-Life-Balance finde ich fürchterlich“ in der F.A.Z. vom 12. Mai: Warum nicht mehr solcher Beiträge? Ich schätze die F.A.Z. seit Jahren wegen der ihr eigenständigen Kommentare. Aber dieser hatte es in sich, so ganz nah an der Denke und dem Empfinden der Bürger. Familienunternehmer, mit einer solchen Klasse und prägnanten Sprache, erlebt man leider zu selten in den Medien. Ein wohlthuender Gegensatz zu weichgespülten Fernsehformaten und vieldeutiger Politikergeschwafel. Einmal die Woche einen solchen Beitrag? Ich würde direkt drauf warten.

HERBERT REICH, MÜNCHWALD